



## KANTONSRATS PROTOKOLL

Sitzung vom 18. September 2017  
Kantonsratspräsidentin Vroni Thalman-Bieri

### **A 266 Anfrage Wolanin Jim und Mit. über die Ausschaffungspraxis im Kanton Luzern / Justiz- und Sicherheitsdepartement**

Jim Wolanin ist mit der Antwort des Regierungsrates teilweise zufrieden und verlangt Diskussion.

Jim Wolanin: Die Anfrage zeigt, dass die Dublin-Fälle gut funktionieren. Die Probleme liegen beim Vollzug von Nicht-Dublin-Fällen. Rund die Hälfte der Personen mit einem negativen Asylentscheid taucht unter. Die Anzahl der Gefährder wird von der Regierung nicht genannt, aber wir wissen, dass es leider auch im Kanton Luzern Gefährder gibt, Menschen also, von denen man im Internet Videos findet, wie sie in anderen Ländern Enthauptungen vornehmen. Solche Menschen bewegen sich frei in unserem Kanton und können nicht observiert werden. Die Angaben betreffend den rechtswidrigen Aufenthalt in der Schweiz und die entsprechenden Konsequenzen sind vage und hinterlassen ein mulmiges Gefühl. Die Ausschaffung ist eine Verbundaufgabe zwischen Bund und Kantonen. Auf Bundesebene hat Ständerat Damian Müller ein Postulat eingereicht, das sogar von Bundesrätin Simonetta Sommaruga unterstützt wird. Sowohl der Bundesrat wie auch der Ständerat haben einen Handlungsbedarf erkannt und reagieren. Im letzten Juni hat der Chef des Staatssekretariats für Migration, Mario Gattiker, erklärt, dass die Zusammenarbeit mit den Kantonen intensiviert werden sollte. Ich bitte die Regierung, im Rahmen ihrer Möglichkeiten am Thema zu bleiben. Einerseits sollen in Bundesbern Schwierigkeiten aus dem kantonalen Vollzug deponiert werden. Andererseits sollen die Aufgaben, welche in der Verantwortung des Kantons liegen, sauber und konsequent vollzogen werden.

Hasan Candan: Mit diesem Vorstoss wird nur purer Wahlkampf betrieben, denn eine Lösung für das Problem wird nicht aufgezeigt. Es geht nur um Stimmungsmache gegen eine Minderheit, nämlich Asylsuchende in Ausschaffungshaft. Der Vorstoss suggeriert, dass der Kanton dieses Problem allein lösen könne. Das ist nicht wahr. Wir sind alle von den Ereignissen in Europa betroffen. Dieses Problem muss Europa zusammen mit der Schweiz lösen. Oder soll der Gesundheits- und Sozialdirektor mit dem König von Marokko ein Abkommen über die Rückführung von Personen in Ausschaffungshaft treffen? Was ich aber an diesem Vorstoss besonders verurteile, ist die Tatsache, dass alle sich in Ausschaffungshaft befindenden Asylbewerber als potenzielle Gefährder dargestellt werden. Es können ebenso gut Gefährder mit einer Schweizer Staatsbürgerschaft oder einem positiven Asylentscheid unter uns leben. Wir müssen keine Augenwischerei betreiben, die Gefahr besteht. Laut Vorstoss sollen die richtigen Massnahmen zur Erhöhung der Sicherheit unserer Bevölkerung ergriffen werden. Eine Möglichkeit wäre, die Anzahl präventiver polizeilicher Massnahmen zu erhöhen. Das dürfte schwierig werden, weil unser Rat letzte Woche das Budget der Polizei gekürzt hat.

Peter Zurkirchen: Die geforderten Zahlen zur Vorgehensweise der Ausschaffungspraxis im Kanton Luzern werden detailliert aufgeführt. Erschreckend hoch ist die Anzahl Personen,

die nach Erhalt eines negativen Asylentscheids untertauchen. Nur sehr wenige dieser Personen werden im Kanton Luzern, wie auch in anderen Kantonen, durch die Polizei angehalten. Wie aus der Antwort des Regierungsrates hervorgeht, trägt bei einer erfolglosen Rückführung der Kanton die Kosten, ansonsten werden sie mit einem Pauschalbeitrag vom Bund abgegolten. Die Fragen betreffend die Anzahl Gefährder im Kanton Luzern kann nicht beantwortet werden, weil es sich dabei um den Zuständigkeitsbereich des Bundes handelt. Das Thema Gefährder wird uns in Zukunft noch vermehrt beschäftigen und sollte nicht unterschätzt werden.

Hans Stutz: Etwas zu den gemachten Wahlkampfvorwürfen: Ich finde es immer interessant, wenn ein Politiker dem anderen Politiker vorwirft, dass er Politik betreibt. Wir machen Politik für die Öffentlichkeit, alle von uns. Wir machen Politik, um gehört zu werden, und damit die Medien allenfalls darüber berichten. Zurück zur Anfrage. Wir haben zwar darüber gesprochen, Lösungsmöglichkeiten werden aber keine aufgezeigt.

Jim Wolanin: Bei der Anfrage handelt es sich nicht um eine Generalisierung, ich habe auch erklärt, dass die Dublin-Fälle sehr gut funktionieren. Es geht darum, auf das Thema aufmerksam zu machen. Ich habe den Vorstoss gleichzeitig eingereicht, wie Damian Müller dies auf Bundesebene getan hat. Normalerweise dauert es länger, bis die Behandlung im Ständerat erfolgt. Es kann kaum um Wahlkampf gehen, wenn das Postulat in Bern sogar Unterstützung von Simonetta Sommaruga erhält.

Giorgio Pardini: So wie ich die Anfrage verstanden habe, geht es um die Ausschaffungspraxis im Kanton Luzern. Dieses Thema, aber auch die Migrations- und Flüchtlingspolitik sind auf nationaler Ebene angesiedelt. Dass Flüchtlinge bei einem negativen Asylentscheid untertauchen, ist ein nationales, ja sogar weltweites Problem. Es gibt verschiedene Vorstösse, um diesem Phänomen gerecht zu werden, beispielsweise die Legalisierung der Sans-Papiers. Das wäre ein Schritt in die richtige Richtung, um diese Illegalität in eine Legalität umzuwandeln. Es geht ja nicht nur um Erwachsene, sondern auch um sehr viele Kinder, die keine Schule besuchen. Es wäre wünschenswert, wenn die Politiker in Bern, insbesondere diejenigen der bürgerlichen Seite, sich zu diesen Problemen bekennen würden, um Lösungen herbeizuführen. Dieses Problem wird nicht abnehmen, sondern im Gegenteil zunehmen. Deshalb brauchen wir eine offene Politik, um Lösungen zu finden, die vielleicht nicht in die Parteischemen passen, aber aus humanitärer und wirtschaftlicher Sicht sinnvoll sind.

Marcel Omlin: Eigentlich könnte ich Giorgio Pardini fast recht geben: Es handelt sich um ein nationales Thema, und Lösungen sind gefragt. Tatsache ist aber leider auch, dass es sich um ein Milliardengeschäft handelt, von dem Unzählige profitieren.

Für den Regierungsrat spricht Justiz- und Sicherheitsdirektor Paul Winiker.

Paul Winiker: Beim Asylwesen handelt es sich um eine Verbundaufgabe zwischen Bund, Kantonen und Gemeinden. Es ist legitim, über die Ausschaffungspraxis im Kanton Luzern zu sprechen. Für die Asylentscheide ist der Bund zuständig, für die Unterbringung das Gesundheits- und Sozialdepartement. Das Amt für Migration übernimmt die freiwillige oder zwangsweise Rückführung in einen Dublin-Staat oder den Heimatstaat. Dabei leistet das Staatssekretariat für Migration Mithilfe, zum Beispiel bei der Buchung von Flügen oder bei der Beschaffung von Papieren. Die Hauptverantwortung liegt beim Kanton. Das Amt für Migration arbeitet sehr konsequent und muss sich im Vergleich mit anderen Kantonen nicht verstecken. 2016 sind 379 Zwangsausschaffungen vorgenommen worden, davon sind nur vier nicht gelungen. Es gibt aber einige Staaten in Nordafrika, die einer zwangsweisen Rückführung nicht zustimmen. Es ist Sache des Bundes und der Diplomatie, diesbezüglich Lösungen zu finden. Das Phänomen des Untertauchens bei einem Negativentscheid ist tatsächlich ein Problem. Hier versucht das Amt für Migration, nach Abschätzung der Risiken, nach Möglichkeit auch Personen in Ausschaffungshaft zu nehmen. Es kann aber keine Lösung sein, den Aufenthalt aller Sans-Papiers zu legalisieren. Ich wage zu bezweifeln, ob dies rechtsstaatlich der richtige Weg wäre, und dadurch würden wohl auch falsche Anreize geschaffen.